

Universität Leipzig  
Juristenfakultät

## **Vierte Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig**

Vom 14. April 2025

Entsprechend den Vorgaben des Deutschen Richtergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154), und auf der Grundlage des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz – SächsHSG) vom 31. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 329), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 31. Januar 2024 (SächsGVBl. S. 83) sowie des Gesetzes über die Juristenausbildung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Juristenausbildungsgesetz – SächsJAG) vom 26. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 318), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 15. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 626) und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen des Freistaates Sachsen (SächsJAPO) vom 13. September 2021 (SächsGVBl. S. 1124), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 23. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 767), hat die Universität Leipzig am 19. September 2024 folgende Vierte Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig erlassen.

### **Artikel 1**

Die Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig vom 3. Dezember 2014 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 61, S. 1 bis 43), in der Fassung der Dritten Änderungssatzung vom 14. März 2023 (Amtliche Bekanntmachungen der Universität Leipzig Nr. 8, S. 67 bis 71), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In § 4 Absatz 1 Satz 2 wird der Klammerzusatz „(§ 35 Absatz 6 Satz 2 SächsHSFG)“ durch „(§ 36 Absatz 6 Satz 2 SächsHSG)“ ersetzt.
- b) In § 4 Absatz 1 Satz 3 wird der Klammerzusatz „(§ 35 Absatz 6 Satz 3 SächsHSFG)“ durch „(§ 36 Absatz 6 Satz 3 SächsHSG)“ ersetzt.
- c) In § 4 Absatz 1 Satz 4 wird der Klammerzusatz „(§ 35 Absatz 6 Satz 4 SächsHSFG)“ durch „(§ 36 Absatz 6 Satz 4 SächsHSG)“ ersetzt.
- d) In § 4 Absatz 2 wird die Angabe „§ 35 Absatz 6 SächsHSFG“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 6 SächsHSG“ ersetzt.

2. § 7 Absatz 4 Satz 4 wird wie folgt geändert:

„Bestätigt der Prüfungsausschuss die Ausschlussentscheidung nicht, so wird die Klausur nicht gewertet und der/die Studierende kann die Prüfungsleistung zum nächstmöglichen Termin erbringen.“

3. In § 7a Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 werden die Worte „eine Zeitstunde“ durch „15 Minuten“ ersetzt sowie die Worte „als Nachteilsausgleich“ gestrichen.

4. In § 9 Absatz 1 wird der Klammerzusatz „(§ 13, § 14, § 19 Absatz 2 in Verbindung mit § 23)“ durch „(§ 13, § 14, § 19 Absatz 2)“ ersetzt.

5. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift des § 15 wird das Wort „Anrechnung“ durch „Anerkennung“ ersetzt.
- b) In § 15 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „angerechnet“ durch „anerkannt“ ersetzt.

6. § 16 Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Über das Bestehen der Zwischenprüfung wird von der/dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder deren/dessen Vertreter/in auf Antrag des Studierenden ein Zeugnis ausgestellt.“

7. In § 16 und § 27 wird in der Aufzählung „der Matrikelnummer“ gestrichen.
8. § 18 wird wie folgt geändert:
  - a) In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe zu Nr. 2 wie folgt neu gefasst: „2. Klima- und Umweltrecht“.
  - b) In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe zu Nr. 3 wie folgt neu gefasst: „3. Internationales und ausländisches Privat- und Verfahrensrecht“.
  - c) In § 18 Abs. 1 S. 2 wird die Angabe zu Nr. 7 wie folgt neu gefasst: „7. Medien- und Informationsrecht“.
  - d) In § 18 Absatz 1 Satz 2 wird am Ende folgende Nr. 13 angefügt: „13. Recht der Politik“.
9. § 20 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu Nr. 3 wird wie folgt neu gefasst: „Nr. 3 (weggefallen)“.
  - b) In Nr. 5 werden die Wörter „Teilnahme an den Übungen“ durch „Teilnahme an mindestens zwei der Übungen“ ersetzt.
  - c) In Nr. 5 wird der folgende Halbsatz angefügt: „bei Vorlage von nur zwei Übungsscheinen ist der dritte vor Erteilung des Zeugnisses (§ 27 nachzureichen)“
10. In § 20 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „3 bis 8“ durch „4 bis 8“ ersetzt.
11. § 21 wird wie folgt geändert:
  - a) In § 21 Absatz 5 Satz 1 wird das Wort „angerechnet“ durch „anerkannt“ ersetzt.
  - b) In § 21 Absatz 5 Satz 4 wird das Wort „Anrechnung“ durch „Anerkennung“ ersetzt.

## Artikel 2

1. Diese Änderungssatzung zur Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig tritt rückwirkend zum 1. Oktober 2024 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht. Sie gilt für alle in den Studiengang Rechtswissenschaft immatrikulierten Studierenden.
2. Diese Änderungssatzung wurde vom Fakultätsrat der Juristenfakultät am 24. Januar 2024 beschlossen. Sie wurde am 19. September 2024 durch das Rektorat genehmigt. Die Anzeige beim Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus gemäß §§ 35 Abs. 5 S. 1, 37 Abs. 7 SächsHSG wurde mit Schreiben vom 10. Januar 2025 (Az.: 2210/2/3-III) bestätigt.
3. In nachfolgende Veröffentlichungen der Prüfungsordnung für den Studiengang Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig werden die Änderungen dieser Satzung eingefügt.

Leipzig, den 14. April 2025

Professor Dr. Eva Inés Obergfell  
Rektorin